

Für ein Europa ohne Atomkraft – Atomkraft ist kein Klimaschutz

Als eines der wenigen Länder hat Deutschland nach der Reaktor-Katastrophe von Fukushima politische Konsequenzen gezogen, die Laufzeitverlängerungen der CDU/FDP-Regierung zurückgenommen und einen erneuten Atomausstiegsbeschluss bis 2022 gefasst.

Dennoch ist der Atomausstieg in Deutschland noch nicht vollendet, im Zuge der Klima-Debatte vermehren sich die Stimmen, die vermeintlichen Vorteile der Atomkraft thematisieren. Der Atomausstieg ist auch nicht vollendet, weil sowohl die Urananreicherung als auch die Brennelemente-Fabrik in Lingen unbegrenzt weiterlaufen könnten. Rechtliche Chancen zur Laufzeitreduzierung in Netzausbaugebieten gerade in Niedersachsen werden von CDU-Wirtschaftsminister Bernd Althusmann blockiert. Die Rückbau-Prozesse an den AKW-Standorten erfahren vor Ort häufig starke Kritik, der Umgang mit leicht radioaktiven Bauteilen aus dem Abriss und dem Bauschutt führt zu Debatten um umstrittene Freigrenzen. Auch sind viele Probleme im Umgang mit dem mittel- und hochradioaktivem Atommüll nicht annähernd gelöst. 1900 Castorbehälter und Berge von mittel- und schwachradioaktivem Atommüll bedeuten eine gigantische Zukunftsaufgabe, der wir uns auch als Grüne stellen müssen. Kompromisse bei diesem Thema gehen zu Lasten künftiger Generationen. Schlussendlich ist die Finanzierung der Atommüllentsorgung bei Zwischen- und Endlagerung durch eine Nachschusspflicht auf die Allgemeinheit übertragen worden, sollte der Atom-Fonds nicht ausreichen.

Viele andere Staaten in der EU aber auch weltweit ignorieren diese Probleme weiterhin. Deutschland muss sich gemeinsam mit anderen Staaten, die die Nutzung der Atomkraft ablehnen, als Botschafter für ein atomkraft-freies Zusammenleben engagieren. Der Euratom-Vertrag in seiner jetzigen Fassung muss weg. Dieses veraltete Vertragswerk bedarf dringend einer Reform. Entgegen jeglicher wirtschaftlicher Rationalität werden neue Atomkraftwerke geplant und gebaut, den Zweck dieses Vertrags ist immer noch die Förderung der Atomkraft. Die Querbezüge zum militärischen Sektor sind offensichtlich. Solange Deutschland jedoch weiter an der Urananreicherung und Brennelemente-Produktion festhält, ist der Atomausstieg inkonsequent und kann keine Überzeugungskraft auf andere Staaten entfalten. Auch in der EU propagieren einige Mitgliedsstaaten im Zusammenhang mit Klimaschutz die vermeintlich CO₂-freie Atomkraft. Doch nur die erneuerbaren Energien sind ein Garant für Umwelt- und Klimaschutz, Atomkraft birgt unbeherrschbare Gefahren und unlösbare Probleme, betrachtet man die gesamte Produktionskette vom Uranabbau bis zur Entsorgung in einer Million Jahren ist sie alles andere als CO₂-neutral.

Diese Botschaften müssen gerade von der Grünen-Fraktion aus Deutschland im Europäischen Parla-

ment weiter engagiert vorangetrieben werden.

Die Landesdelegiertenkonferenz in Niedersachsen beschließt: Den Atomausstieg konsequent vollenden

Wir fordern

- den Ausstieg aus der Atomkraft im Grundgesetz zu verankern
- für den Weiterbetrieb der alternden AKWs bis 2022 höchste Sicherheitsstandardeinzuhalten
- keine Laufzeitübertragungen auf AKWs in Netzausbaugebieten zu genehmigen, die das Netz für Erneuerbare verstopfen
- den Rückbau verantwortungsvoll und mit Beteiligung der Bevölkerung durchzuführen
- das Ende der Produktion von nuklearem Brennstoff (Lingen) und der Urananreicherung (Gronau) durchzusetzen und bis dahin ein Export-Stopp für Schrotreaktoren wie Tihange zu verhängen

Mit dem Atommüll verantwortungsvoll umgehen

Wir fordern

- die Zwischenlagerung sicherheitstechnisch nach dem neusten Stand von Wissenschaft und Forschung aufzurüsten und Reparaturkonzepte und Modelle für den eventuell nötigen Neuaufbau zu entwickeln
- eine gesellschaftliche Debatte dazu zu führen und eine Zwischenlager-Kommission einzurichten
- die Endlagersuche mit wissenschaftlicher Sorgfalt, der dafür nötigen Zeit und einer ergebniswirksamen Beteiligung der Bevölkerung weiterzuführen, unabhängig von den Kosten
- zu allen Schritten der Endlagersuche Transparenz herzustellen, um eine Nachvollziehbarkeit und Kontrolle der Schritte zu gewährleisten.

–

Den EURATOM Vertrag reformieren:

Wir verlangen, dass

- jegliche finanzielle Förderung von Atomkraftnutzung der EU und der Mitgliedsstaaten beendet wird
- erhöhte Sicherheitsstandards europaweit gesetzt und kontrolliert werden
- eine schadensabdeckende Versicherung der AKW eingeführt wird
- die Forschung für neue Reaktorgenerationen eingestellt wird, an der auch Deutschland beteiligt ist
- erhöhte Sicherheitsstandard für den Umgang mit dem Atommüll europaweit entwickelt werden

- die Fusionstechnologie deren – unwahrscheinliche – Verwirklichung unbeherrschbare Folgeprobleme für Umwelt und Gesundheit schaffen würde, nicht weiter betrieben werden darf

Wir setzen uns für eine europäische Solarunion ein, die ausschließlich auf umwelt- und klimafreundliche Energieträger setzt.